

Auszug aus derNiederschrift

zur 34. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Rates am Mittwoch, 19.12.2018, Alte Schule am Wall, Wall 5, 32756 Detmold, Aula

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

8 Schreiben der Ratsfraktion Die Linke vom 12.11.2018 einschließlich Verwaltungsvermerk
Fachgebietsleitung 2.0-2

"Antrag: "Die Stadt Detmold wird mehr in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen"

8.1 Drei Schreiben der Gruppe Nadelstiche / Seebrückengruppe Detmold

"Offener Brief an den Bürgermeister Herrn Rainer Heller und den Rat der Stadt Detmold; Detmold zum sicheren Hafen im Sinne der Seebrücke machen"

8.2 (TV 2) Schreiben der Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin Düsseldorf, Köln und Bonn an die Bundeskanzlerin vom 24.07.2018

"Aufnahmeangebot von in Not geratenen Geflüchteten"

8.3 (TV 3) Schreiben der Gruppe Nadelstiche/Seebrückengruppe Detmold vom 19.11 und 14.12.2018

"Offener Brief an den Bürgermeister mit weiteren 407 Unterschriften"

Herr Heller zeigt sich betroffen über die Schicksale flüchtender Menschen auf der ganzen Welt. Zum Anliegen der Ratsfraktion Die Linke und der Gruppe Nadelstiche /Seebrückengruppe Detmold stellt er dar, dass eine Willenserklärung der Stadt Detmold rechtlich im Grunde unerheblich sei. Geflüchtete Menschen, welche die Bundesrepublik Deutschland erreichen, werden nach einem bundeseinheitlichen Maßstab verteilt. Frau Menne stellt klar, dass ihre Fraktion und die genannten Hilfsgruppen unabhängig voneinander agieren und man erkenne daran, dass es ein wichtiges Anliegen sei, eine Aufnahmebereitschaft zu formulieren. Frau Peter-Werner möchte mit der Verwendung der Formulierung im Verwaltungsvorschlag ein Zeichen gesetzt wissen. Allerdings gebe es die Problematik der Geflüchteten auch schon länger. Herr Trappmann unterstützt den Antrag der Ratsfraktion Die Linke und der Hilfsgruppen. Herr Thelaner sieht keine Notwendigkeit für eine Willensbekundung zur Aufnahmebereitschaft Geflüchteter. Die Stadt Detmold komme ihren Verpflichtungen und Aufgaben in dem Bereich bereits jetzt vollumfänglich nach und wird dies auch in Zukunft leisten. Herr Keller weist auf die Notwendigkeit hin, die Fluchtursachen weltweit zu bekämpfen. Die Politik und die Regierung müssen auf die verschiedenen Kriegsparteien einwirken um Frieden in den Ländern herzustellen. Herr Neuling begrüßt die Formulierung einer Resolution vor dem Hintergrund einer notwendigen Rettung der Betroffenen.

Herr Heller schlägt vor, in Abwandlung des ersten Beschlussvorschlages der Ratsfraktion Die Linke, den folgenden Formulierungsvorschlag der Verwaltung zu beschließen:

„a) Der Rat der Stadt Detmold appelliert an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, schnellstmöglich eine Verbesserung der unhaltbaren Situation der Schiffbrüchigen herbeizuführen und erklärt sich bereit, im Rahmen bundeseinheitlicher Regelungen Flüchtlinge auch über die Anzahl der derzeit in Detmold lebenden Geflüchteten hinaus aufzunehmen.

b) Die Stadt Detmold unterstützt den offenen Brief der Städte Bonn, Köln und Düsseldorf vom 26.07.2018 an Bundeskanzlerin Angela Merkel, der auch vom Deutschen Städtetag begrüßt wurde.

c) Der Bürgermeister wird beauftragt, das Bundeskanzleramt und die Presse darüber zu informieren." Der Rat stimmt bei 12 Gegenstimmen der CDU mehrheitlich diesem Beschlussvorschlag zu.
